

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	60 (1981)
Heft:	10
Artikel:	Eine neue Taktik in der SPS? : Pädagogische Technik statt politische Auseinandersetzung
Autor:	Sträuli, Peter
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-339757

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sammenhang mit den Entwicklungsländern als Beispiel dar; damit zeichnet er sich wenigstens nicht durch zu viel Bescheidenheit aus. Doch dies ist seine, nicht meine Angelegenheit.

Er wirft mir vor, die bürgerlichen Gegner nicht genug zu analysieren. Es wird ihm dabei entgangen sein, dass ich kürzlich zusammen mit Claire Masnata-Rubattel bei Luchterhand ein Buch publiziert habe mit dem Titel «Macht und Gesellschaft in der Schweiz». Es hat 260 Seiten.

Schliesslich wirft mir Strahm auch vor, einmal mehr über die Bundesratsbeteiligung der SP und den Arbeitsfrieden zu schreiben. Es ist sein Recht, an der Wirklichkeit vorbeizuschauen. Die Wirklichkeit verschwindet dadurch jedoch noch nicht. Die Rechte hat dies bestens verstanden. Sie weiss *sehr gut*, dass diese zwei Dinge die Säulen zur Auf-

rechterhaltung *ihrer* Politik darstellen. Aber es stimmt, dass man jemanden nicht schwimmen lehren kann, der Angst vor dem Wasser hat.

Zusammenfassend möchte ich folgendes sagen: Ich bedaure es sehr, dass eine für unsere Partei grundlegende Diskussion zu einer rachsüchtigen Streiterei verkommt. In einer Auseinandersetzung um Ideen, den Menschen als deren Träger zu diskreditieren, ist eines Intellektuellen unwürdig. Jüngere Menschen werden dadurch in keiner Weise ermutigt, SP-Mitglieder zu werden.

Die Selbstverwaltung ist in Polen und in Frankreich an der Tagesordnung. Der Weg bis dahin wird lang sein. Einmal mehr kann sich die SPS dafür entscheiden, hinter der Geschichte her zu hinken. Ich muss mir dafür wenigstens kein schlechtes Gewissen machen.

ebenso genau, dass die GY lediglich das Diskussionsforum einer Tendenz in der SP ist, einer Tendenz, die, wie ich schätze, von rund 10 000 Genossinnen und Genossen in der SPS getragen wird. Er meint also nicht die GY, sondern seine Vorwürfe richten sich an Vorstellungen, die von einem Viertel der Parteimitglieder und vielleicht von einem Drittel oder der Hälfte der aktiven Parteimitglieder getragen werden. Dies zu verschweigen und die GY heranzuziehen, ist unehrlich.

«Bringt diese Praxis..., die Partei auf einen klaren, effizienten, konfrontationsorientierten Kurs zu bringen, Vorteile? Die Antwort tönt hart, aber sie lautet: nein», schreibt Strahm.

Ein Zentralsekretär der SPS hat sich vor einiger Zeit in einem Aufsatz Gedanken zu Arbeitern und Linksintellektuellen in der SP gemacht. Er hat folgendes ausgeführt:

«Die Generation der sogenannten Linksintellektuellen, die nach 1970 in die Partei eingetreten ist, ist soziologisch und ihrem Selbstverständnis nach viel näher bei den Arbeitern, viel «proletarischer» als die mittleren Führungsgruppen in der Partei...

Daraus ergeben sich auch antigouvernementale und antibürgerliche Postulate... Aber offenbar werden solche Forderungen auch von Arbeitern verstanden, was den SGB-Präsidenten Richard Müller zur folgenden Bemerkung über die angeblich ideologische Praxis der Jungen veranlasste: «Ganz einfache Arbeiter verstehen gut, worum es geht. Es sind (demgegenüber) einige Funktionäre, die sich manchmal nur schwer von den Fesseln der aufreibenden Alltagsarbeit lösen können... ... Die Arbeitsformen

Peter Sträuli

Eine neue Taktik in der SPS?

Pädagogische Technik statt politische Auseinandersetzung

Rudolf Strahm wollte sich nicht mit einer Rezension des Buches von Masnata begnügen, sondern gleichzeitig «eine Auseinandersetzung mit der Politik Masnatas und der Gruppe Yverdon in der SP beginnen». Darauf will ich eintreten; weniger geht es um Strahms Kritik an Masnatas Buch.

Was wirft Strahm wem vor und was will er selbst?

«Haben Masnata und seine Getreuen als parteiinterne Gegenmacht das anzubieten

und Erfolge in der Richtung vorzuweisen, in der sie sich selbst ernst nehmen?»

Zwei Vorbemerkungen: Strahm weiss ganz genau (aus eigener Erfahrung im Kreis der Gruppe Yverdon), dass Masnata weder mit dieser Gruppe gleichzusetzen ist, noch deren Leithammel ist. Er braucht dazu nicht auf Beteuerungen von GY-Mitgliedern abzustellen. Wenn er dies trotzdem unterstellt, erfolgt dies wider besseres Wissen. Zweitens: Strahm weiss

der Jusos und der progressiven Parteisektionen erhalten so auch bei uns, trotz (oder wegen) des Ärgers, den sie zuweilen verursachen, eine wichtige Vorspurfunktion, die beachtet und gestützt werden müsste.»

Unter einem Katalog von Folgerungen zählt der Autor unter anderem auf:

«Die Sektionen müssen unbedingt weiterfahren, Leute, von denen bekannt ist, dass sie sich politisch interessieren..., in die Partei hineinzuziehen.»

Der Autor dieser Aussagen heisst Rudolf Strahm, nachzulesen im Artikel «Arbeiter und Linksintellektuelle in der SP», Profil Nr. 11/79.

Noch vor zwei Jahren also befand der heutige Kritiker einer antigouvernementalen Tendenz die Ideen der sogenannten Linksintellektuellen für die Partei unbedingt notwendig und förderndswert, attestierte, dass sie für den eigentlich Betroffenen, den einfachen Arbeiter, verständlich waren und anerkannte durchaus, dass sie nicht nur praxisfremden Köpfen entsprungen, sondern auch von einer Alltagssituation geprägt waren. Und heute? Ein Bückling vor dem Apparat oder eine neue politische Einsicht? Worin besteht die «neue Linie»?

Die Linken betreiben einen Kräfteverschleiss, einen Kampf gegen die Parteioberen. Sie sehen den wirklichen Feind nicht.

Die rund 10 000 Linken in der SPS, denen Strahm dies vorwirft, arbeiten in unzähligen Sektionen an der Basis aktiv mit. Ein gutes Dutzend davon trifft sich zusätzlich in der GY. Sie verstehen sich aus Überzeugung als Teil der Partei, verzichten aber auf Karriere in der Partei. Ihre Basisarbeit ist durchaus gegen das

Bürgertum gerichtet. Sie setzen sich auch noch für eine glaubwürdigere Partei ein. Sie wissen, dass der Kampf gegen das Bürgertum nur mittels einer starken Partei erfolgreich sein kann, aber einer Partei, die in ihren Forderungen und der Praxis ihrer Vertreter im Staat eine klare Opposition zur herrschenden Klasse darstellt, die in Inhalt und Praxis ihrer Vertreter an sozialistische Grundsätze gebunden ist. Strahm selbst sieht das Problem: der einfache Arbeiter weiss, worum es geht, aber die mittleren Führungsgruppen und die Funktionäre haben Mühe... Sie sind es aber, die von der Partei mit dem Kampf gegen das Bürgertum besonders beauftragt sind. Wie sie dies tun, kann der Basis nicht gleichgültig sein. Das Verhalten und das Auftreten dieser Exponenten gegenüber dem Bürgertum und der Öffentlichkeit gibt Anlass zur Kritik, und nicht die Tatsache, dass es sogenannte Vertreter und eine Parteihierearchie als solche gibt.

Von Theorie lernt niemand. Die Linke soll praktisch arbeiten. Lebensnahe Anstösse (Jutesäcke verkaufen, alternative Wohn- und Berufsformen praktizieren) tragen mehr zur Politisierung bei als Programmdiskussionen, meint Strahm. Dieser Trend ist nicht neu. Aber: die Programmdiskussion, notabene von der Geschäftsleitung der SPS eingeleitet, drängte sich aus Erfahrungen der Praxis auf: die Einsicht, dass die Praxis der SPS den Sozialismus nicht näherbrachte, erforderte eine neue Standortbestimmung und neue Handlungsanleitungen für die Praxis. Zweitens: Warum sind die Tausenden von aktiven Bürgern in den entwicklungs-politischen und Anti-Atom-

Komitees nicht in die Partei eingetreten? Dies, obwohl sie, nach Strahm, durch die konkrete Arbeit politisiert worden sind? Oder: Warum sind es nicht die türkischen Fremdarbeiter in der Schweiz, die auch Jutesäcke verkaufen, warum betreiben so wenige italienische Familien in der Schweiz selbstverwaltete Wohngemeinschaften? Ich will damit nur sagen: so automatisch, wie dies Strahm sieht, wirkt der Ausbau einer privaten Gegenkultur (Dritt Weltläden, Dritt Weltkochbücher usw.) nicht politisierend auf die Umgebung, wenn nicht schon gewisse theoretische Mechanismen bekannt sind. Ja, ohne dieses theoretische Vorwissen ist nicht einmal die Nachahmung dieser Ansätze zu einer Gegenkultur garantiert. Die eigene Alltagswirklichkeit prägt zum Beispiel den ausländischen (und den schweizerischen) Arbeiter hundertmal mehr als die Aktionen der Bürgerinitiativen. Gewisse theoretische Zusammenhänge wird er trotz allen Mängeln eher aus der Betriebssektion seiner Gewerkschaft oder der lokalen Parteisektion beziehen, wenn dort eine kritische Diskussion geführt wird. Strahm übersieht, dass er seine «zehnjährige Erfahrung in der entwicklungspolitischen Bewegung» aufbauen konnte auf gewisse theoretischen Erkenntnisse der 68er Bewegung, zu der er gehörte. Möglicherweise hat die Tatsache, dass ein Teil dieser «Vorspurer» in die Partei eingetreten ist, auch Strahm zu diesem Schritt bewogen. Es geht nicht darum, dass seine Vorschläge für die Linke falsch sind, sondern darum, dass es einem Zentralsekretär nicht ansteht, eine Tendenz innerhalb der Partei väterlich dazu

aufzufordern, ihre Aktivitäten gleichsam aus der Partei auszulagern.

Statt Programmdiskussion: pädagogische Vermittlung einiger Grundsätze, fordert Strahm. Unwillkürlich kommt einem in den Sinn, wie die SPS seit einigen Jahren heisse Anträge in sogenannte Multipakete integriert und deren Behandlung «in einem späteren Zeitpunkt und in einem grösseren Zusammenhang» vorsieht, dass die SPS in heiklen Fragen (Selbstverwaltung, Regierungsbeteiligung) sogenannte Arbeitstagungen ohne Beschlusskompetenz durchführt und danach das Traktandum in den Schubladen verschwindet oder neuestens mit Fragebögen auf recht technische Art die Basis zu komplexen Problemen befragt, deren Auswertung hinter den Kulissen erfolgt. Musste man bei diesem Vorgehen nicht unbedingt schlechten Willen oder Manipulation unterstellen, sondern konnte bisher eingestanden werden, dass die Parteispitze ganz einfach in gewissen Fragen überfordert war, so zeigt nun das Rezept von Strahm, dass das Ganze

Methode hat: politische Differenzen innerhalb der Partei werden auf ein technisches Problem reduziert: dasjenige der Vermittlung. Klappt die Vermittlung, sind die Differenzen bereinigt. Man nennt dies: *Technokratie*. Ich zitiere noch einmal Richard Müller: «Ganz einfache Arbeiter verstehen gut, worum es geht.» Sie verstehen auch den Unterschied einer Partei, in welcher Differenzen ausgetragen werden und einer solchen, die als oberstes Ziel den äusseren Zusammenhalt hat. Die Differenzen über unseren Weg zum Sozialismus sind längst Realität. Fängt man diese ein, wie es Strahm fordert, in «zwei Dutzend allgemein akzeptierter Leitsätze im Sinne von Konsensthesen über die sozialdemokratischen Grundwerte», so ist eines sicher: die Partei ginge über ihre eigene Realität hinweg, die Differenzen würden weiterbestehen, ihre Austragung wäre abgeblockt, die Partei würde handlungsunfähig und nach aussen unglaublich. Um mit Strahm zu reden: «Die einzige, eher traurige, historische Nachwirkung könnte eine Parteispaltung sein.»

sie im ersten Teil dieses Artikels diskutiert worden sind, gebührend Rechnung tragen wollen. Die Richtlinien der Regierungspolitik 1979–1983, die im Frühjahr 1980 zusammen mit dem Legislaturfinanzplan dem Parlament zur Kenntnisnahme unterbreitet wurden, setzen das prioritäre Ziel, die Defizite bis 1983 weitgehend zu beseitigen. Sparmassnahmen einerseits und Neueinnahmen anderseits sollen in einem ausgewogenen Verhältnis zum angestrebten Rechnungsausgleich beitragen.

Doch dieser Sanierungsplan der Regierung ist wohl etwas zu ambitioniert geraten. Der Bundesrat unterbreitete zwar rechtzeitig die notwendigen Vorlagen, aber das Parlament marschierte nicht überall mit, obwohl es zuvor alle diese Vorlagen mit verbindlichen Motionen verlangt hatte. Der Vorwurf mangelnden Führungswillens trifft somit – jedenfalls was die Finanzpolitik anbelangt – nicht die Regierung, sondern fällt auf die parlamentarischen Kritiker selbst zurück.

Sparmassnahmen

Die vorgesehenen Massnahmen auf der Ausgabenseite sind bereits zum grossen Teil verwirklicht worden. Der Bundesrat hat in eigener Kompetenz die Budgetwünsche der Departemente rigoros gekürzt. Weitere Abstriche sind im bundeseigenen Bereich kaum mehr realisierbar, wenn die Verwaltung ihre verfassungsmässigen Aufgaben noch einigermassen erfüllen soll. Mit dem Sparpaket 1980 wurde auch der Transferbereich erheblich tangiert: So sind zum Beispiel die Brotverbilligungsbeiträge – zulasten der Konsumenten

Peter Hablützel

Wege aus der Krise

Bundesfinanzen aus sozialdemokratischer Sicht, 2. Teil

Die Finanzkrise des Bundes ist zum zentralen Thema schweizerischer Politik geworden. Ohne Sanierung des Bundeshaushalts ist eine zunehmende Blockierung staatlicher Problemlösungsfähigkeit absehbar. Hier wird sich weisen, ob unser politisches System überhaupt noch in der Lage ist, die anstehenden Fragen sinnvoll zu beantworten und Zukunftsaufgaben rechtzeitig in Angriff zu nehmen.

Finanzdepartement und Regierung haben die Tragweite dieser Finanzkrise erkannt.

Und sie haben deutlich gemacht, dass sie den Grenzen der Staatsverschuldung, wie